



### Skandal um Sperrbezirk

Nordstadt: Eiserne Besen schaffen neue Schmuttel-Ecken

Seite 3



### Neues Personal-konzept bei der Stadt Dortmund

Ohne Tarif benötigen Viele noch Hartz IV

Seite 5



### Neonazis in der Rheinischen Straße 135

Noch ist das Nazihaus nicht geschlossen

Seite 7



### Fukushima ist überall

Urananreicherung in NRW stoppen

Seite 8

02  
11

# KNALLROT

DIE LINKE. Dortmund – Sommer 2011

## 10 Euro Mindestlohn jetzt!

Ein grüner Baum wächst nur auf rotem Boden

Am 1. Mai wurde der Arbeitsmarkt der EU weiter geöffnet. Seit dem können osteuropäische Firmen hier mit eigenen Arbeitskräften zu osteuropäischen Löhnen arbeiten.

Es wird einen Unterbietungswettbewerb in vielen Branchen geben. Darunter werden die deutschen wie die ausländische Arbeitnehmer leiden. Denn das wird natürlich erheblichen Druck auf die Löhne in Deutschland machen. Und die ausländischen Kolleginnen und Kollegen werden hier

Osteuropa zu den Niedriglöhnen ihrer Heimat eingesetzt werden. An einer solchen Regelung haben weder diese KollegInnen noch wir ein Interesse.

### DIE LINKE macht Druck

für einen flächendeckenden, gesetz-

sind nicht wirklich viel, sie sind nur der Anfang: Um Armut trotz Arbeit wirkungsvoll zu verhindern, muss der Mindestlohn nach seiner Einführung in schnellen Schritten weiter angehoben werden - mindestens in dem Maße, wie die Lebenshaltungskosten steigen.



Katharina Schwabedissen, Landessprecherin DIE LINKE. NRW



DIE LINKE. Dortmund fordert den Mindestlohn

unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten und leben müssen, denn sie werden ja bezahlt, als ob sie z.B. in Polen oder Ungarn leben würden.

### Wie verhindert man das drohende Lohndumping?

Wir brauchen sofort einen gesetzlichen Mindestlohn für alle in Deutschland tätigen Arbeitnehmer. Nur dadurch können wir verhindern, dass hier Kolleginnen und Kollegen aus

lichen Mindestlohn - gemeinsam mit den Betroffenen, Beschäftigten, Gewerkschaften und der Mehrheit der Bevölkerung.

### Armut trotz Arbeit verhindern!

Die Arbeit als Kellnerin oder Friseurin darf nicht arm machen. Deshalb ist ein gesetzlicher Mindestlohn seit langer Zeit notwendig. Dieser muss mindestens 10,00 Euro brutto pro Arbeitsstunde betragen. Auch 10,00 Euro

### SPD und Grüne heucheln!

SPD und Grüne behaupten, sie seien für einen gesetzlichen Mindestlohn. Die SPD sammelt dafür sogar Unterschriften. Dass sie es mit ihrer eigenen Forderung nicht ernst meint, hat sie am 14. April 2011 wieder mal gezeigt: im Bundestag stimmten CDU,SPD,FDP, Grüne gegen einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, der die Einführung eines Mindestlohns forderte. (ct)

Die GRÜNEN gewinnen, die anderen verlieren Wahlen - auch DIE LINKE. Der Sieg der GRÜNEN ist die Antwort eines gut situierten Mittelstandes auf die Folgen der Klima- und Wirtschaftskrise. Die Antwort der prekär Beschäftigten und Erwerbslosen steht noch aus. Der grüne Erfolg wird ohne soziale Proteste zu einem ökologischen Umbau auf dem Rücken der Lohnabhängigen führen. Öko für die Reichen - Lohn- und Sozialabbau für viele. Dagegen braucht es Protest: in den Betrieben und den Stadtteilen. Im Landtag können wir mit 5,6 Prozent nur wenig ändern, aber die anderen Parteien stören. Für eine bessere Politik müssen wir mehr werden. Bis dahin werden wir darum kämpfen, dass sich der Protest gegen die Ausbeutung der Natur mit dem Protest gegen die Ausbeutung des Menschen verbindet. (ks)

KNALLROT

Herausgegeben von DIE LINKE. Dortmund

Schwanenstr. 30, 44135 Dortmund  
Web: www.knallrot-online.de  
Email: info@knallrot-online.de

Telefon: 0231 - 222 111 6  
Leserbriefe: leserbriefe@knallrot-online.de  
Anzeigen: anzeigen@knallrot-online.de



**Inhalt**

KNALLROT Sommer 2011  
DIE LINKE. Dortmund

**Seite 1:**  
Mindestlohn  
Aus dem Landtag

**Seite 2:**  
Sozieticket  
Flüchtlinge in Dortmund

**Seite 7:**  
Kommunismusdebatte  
Libyen  
Neonazis in der Rheinischen Straße 135

**Seite 8:**  
Fukushima betrifft NRW  
Ökostromwechsel

KNALLROT Sommer 2011  
Fraktion DIE LINKE. im Rat  
Dortmund

**Seite 3:**  
Strassenstrich  
Nachtbetrieb bei Tedi

**Seite 4:**  
Energiepolitik: Steag  
Wohnungspolitik: Evonik

**Seite 5:**  
RWE  
Personalkonzept  
Jugend am Stadtgarten

**Seite 6:**  
Neue Haushaltplanung  
Teurer U-Turm

Alle nicht gekennzeichneten  
Bilder: KNALLROT

**Impressum**

KNALLROT  
DIE LINKE. Dortmund

Herausgegeben von  
DIE LINKE. Dortmund  
Schwanenstr. 30,  
44135 Dortmund,  
Tel. 0231 - 222 111 6

**Auflage**  
20.000 Exemplare  
**V.i.S.d.P.**

Christian Seyda,  
Schwanenstr. 30,  
44135 Dortmund,  
Tel. 0231 - 222 111 6

# Politisches Armutszeugnis im VRR

## SPD und CDU bremsen Sozieticket im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) aus.

Das Sozieticket hat mächtige Feinde im Vorstand des VRR und in den Parteien. Diese Koalition aus den Nahverkehrsunternehmen und SPD, CDU verhindert bis heute erfolgreich die Einführung eines Sozietickets.

Grüne und CDU haben im Januar 2010 in der VRR - Verbandsversammlung die Einführung eines Sozietickets für den gesamten Geltungsbereich des VRR vereinbart. Start sollte der 1. August 2010 sein. Nur die SPD sprach sich gegen ein Sozieticket aus und ließ nichts unversucht, die Einführung zu verhindern. Immer wieder wurde der Einföhrungstermin verschoben, zuletzt vom 1. Juni 2011 bis in den Herbst 2011. Unterstützt wird die Argumentation der SPD durch das Gutachten einer Ingenieursgruppe, das der VRR erstellen ließ. Das Gutachten ist so fragwürdig, dass der VRR sich bis jetzt weigert, es der Öffentlichkeit vorzustellen. Grundton des Gutachtens: ein Sozieticket ist trotz Unterstützung durch Landesmittel für die Städte immer noch zu teuer. Daraufhin ist die CDU schlichtweg umgefallen und aus der Vereinbarung mit den Grünen aus-

gestiegen. Ein weiterer Grund für die CDU war auch wohl Parteidisziplin, weil ihre Landtagsfraktion die Förderung wieder kippen will.

Im Gespräch ist jetzt ein verbilligtes 4er - Ticket, völlig unzulänglich für einkommensschwache Menschen. Aus diesem Grund haben sich alte



Dortmunder BürgerInnen demonstrieren für das Sozieticket

Die rot - grüne Landesregierung hat nämlich beschlossen, mit 30 Millionen Euro jährlich ein landesweites Sozieticket zu fördern. Das sind immerhin noch 15 Millionen Euro im 2. Halbjahr. Auf einmal werden VRR und SPD sehr rege und überlegen, wie sie die 15 Millionen Euro Förderung abgreifen können, ohne dass unterm Strich beim VRR Verluste entstehen.

Bündnisse wieder aktiviert, und es sind neue Bündnispartner dazugekommen, um mit Druck ein „echtes Sozieticket“ zu fordern. Es kann nicht sein, dass irgendwo Millionen versickern und einkommensschwache Menschen vom soziokulturellen Leben ausgeschlossen bleiben.

(rw/he)

# Flüchtlinge in Dortmund

## In Hacheney finden 150 Flüchtlinge Schutz vor Hunger, Verfolgung, Folter und Tod.

Dortmund gewährt zurzeit 150 Asylbewerbern in der Erstaufnahmeeinrichtung in Hacheney einen kurzfristigen Aufenthalt von fünf Tagen, bevor sie in anderen Gemeinden von NRW oder anderen Bundesländern aufgenommen werden. Die meisten kommen aus Afghanistan, Irak, Iran und Serbien. Ab Herbst kommen weitere 150 Plätze in Grevendicksfeld in Lütgendortmund und 40 Plätze für unbegleitete Jugendliche in Eving dazu - das sind maximal 340 Flüchtlinge bei 585.000 Einwohnern in Dortmund, also gerade einmal 0,06 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die Flüchtlinge, die hier in Dortmund ankommen, sind geflohen weil sie in ihrer Heimat verfolgt, gefoltert, vergewaltigt werden, hungerten oder bitterarm sind. Hier hoffen sie auf ein besseres Leben und haben gleichzeitig Angst, wieder zurück geschickt zu werden in ein Leben voller Hunger und Gewalt.

In Hacheney kommen sie in eine Wohlstandsgesellschaft, die sie aber nicht wirklich betreten dürfen. Denn



Notunterkunft in Dortmund-Hacheney

ihnen wird der Zutritt zu Bildung und Arbeit in Dortmund verwehrt. Ein Zaun soll die Asylbewerber in Gre-

vendicks Feld angeblich vor den Nazis schützen. Doch er dient auch zu ihrer Ausgrenzung, denn sie sind vielen Dortmunderinnen und Dortmundern nicht willkommen.

Vergessen wir nicht: Deutschland bringt als drittgrößter Waffenexporteur die Kriegsmaschinerie in den Ländern der „3. Welt“ ans Laufen und importiert jährlich fast 52.000 Tonnen an Fisch, Gemüse und Obst aus diesen Ländern. Kaum jemand hier denkt über Hungerlöhne und Kinderarbeit nach. Dabei zahlt Deutschland gerade einmal 0,4 Prozent seines Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungshilfe. Einen sehr viel höheren Preis leistet sich Deutschland zur Abschottung vor den Flüchtlingen. Die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX drängt Flüchtlingsboote im Mittelmeer zur Umkehr und nimmt damit bewusst den Tod vieler Menschen in Kauf.

(nr)

# Skandal um Sperrbezirk

## Nordstadt: Eiserne Besen schaffen neue Schmuttel-Ecken.

Seit Mitte Mai ist Schluss mit dem Strich. Das hatten SPD und CDU zuvor im Dortmunder Rat beschlossen. Unverblümt erklärten sie, dass das den Zuzug rumänischer und bulgarischer Menschen in die Nordstadt stoppen soll. Aber hat das Aus der Ravensberger Straße die Probleme des Viertels gelöst? Nicht nur DIE LINKE ist da skeptisch.

Eigentlich arbeiten sie auf der Straße, doch diesmal demonstrierten sie: Rund 60 Prostituierte zogen am 24. März vor das Dortmunder Rathaus. Ihre Botschaft: „Wir sind nicht kriminell!“ Sie forderten den Erhalt des Straßenstrichs an der Ravensberger Straße, ihren Arbeitsplatz und den von Hunderten weiteren Frauen. Vergeblich.

Helmut Manz (DIE LINKE), stellvertretender Bezirksbürgermeister in Dortmunds Norden, unterstützte die Frauen, und das mit Blick auf den Stadtteil. „Der Straßenstrich hinter Hornbach galt europaweit als Vorzei-

Manz weiß auch: Mit den Frauen aus Bulgarien und Rumänien war die Ravensberger Straße überfüllt, erneut weitete sich das Geschäft auf die Wohnviertel aus. Für ihn ein Grund mehr, den kontrollierten Strich zu

**August Bebel (1840-1913)**  
**Deutscher Politiker,**  
**Vorsitzender der SPD**

„Die Prostitution ist eine notwendige soziale Institution der bürgerlichen Welt, ebenso wie Polizei, stehendes Heer, Kirche und Unternehmerschaft.“

entwickeln, wenn nötig zu erweitern, statt ihn zu schließen. Er meint: „Wenn ein Fass überläuft, schlage ich es nicht kaputt.“

Doch Oberbürgermeister, SPD und CDU hatten ein anderes Ziel. Sie glauben: Verschwindet der Strich, dann verschwinden auch die Menschen aus Osteuropa. Doch was ist seither passiert? Nursen Konak, Ratsfrau der

Nordens und in die Hinterhofbordelle. Und genau da findet Menschenhandel, Kinderprostitution und Gewalt gegen Frauen statt.“

Helmut Manz bezweifelt, dass die Roma nun wieder nach Osteuropa gehen. „Mit oder ohne Strich: Dortmund bedeutet Wohlstand für sie.“ Er erinnert an die unbeschreibliche Armut, in der viele der Roma im bulgarischen Plovdiv leben. In einer Hochhaussiedlung, doppelt so groß wie Neu-Scharnhorst, mit Häusern ohne Strom und verstopfter Kanalisation. Die Arbeitslosigkeit liegt bei bis zu 90 Prozent – wer Arbeit hat, ist ein Exot. „Also schicken die Familien ihre Töchter nach Dortmund auf die Straße. Und die Männer suchen tageweise Jobs auf dem Arbeiterstrich. Die Armut treibt sie dazu“, so Manz.

Die Vertreibungspläne der Stadt gehen an den Regeln in Europa vorbei, meinen Nursen Konak und Helmut Manz. „Trotz aller Probleme, die es im Alltag gibt: Als EU-Bürger haben die Roma das Recht, hier zu sein“, erinnert Nursen Konak. Also müsse es darum gehen, sich mit den Menschen aus Osteuropa zu verständigen. Dazu gehöre, anzuerkennen, dass nicht jeder kriminell ist, der ungerufen über die Grenze kommt. „Die EU stellt finanzielle Hilfen für den Umgang mit den Roma bereit“, weiß Helmut Manz, aber abgerufen habe die Stadt Dortmund diese Mittel nicht. „Erst hat sie jahrelang nichts unternommen – dann hat sie gleich Ordnungsamt und Polizei geschickt.“ Sich mit den neuen Nachbarn zu verständigen, das habe neben der Caritas nur die Beratungsstelle Kober auf dem Strich versucht. Sie knüpfte erste Kontakte zu den bulgarischen Frauen. Doch damit ist mit der Schließung Schluss. „Das ist der falsche Weg“, meint Konak.

DIE LINKE fordert weiterhin Schutz für Dortmunds Prostituierte. Außerdem müsse es um einen vernünftigen Umgang mit den Roma gehen. Die Vorurteile müssten aufhören, meint Helmut Manz. „Ein bulgarisches Nummernschild ist kein Kennzeichen für Kriminalität.“

(ps)

## Tedi beginnt mit Nachtbetrieb

Der Billiganbieter Tedi hat von der Stadtverwaltung den Nachtbetrieb genehmigt bekommen. Zuvor hatte Tedi längere Zeit einen ungenehmigten Nachtbetrieb durchgeführt. Erst die massiven Proteste der lärmgeplagten Anwohner haben die Verwaltung dazu bewegt, die Einhaltung des Nachtbetriebsverbotes durchzusetzen – was allerdings nicht von langer Dauer war.



Alessandro Zangrilli/Wikipedia

### Bald Vergangenheit?

In einem Sachstandsbericht an den Ratsausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien wurde die aktuelle Lage zwar ausführlich, aber dennoch fehlerhaft dargestellt. Ein besonderer Affront war es, dass die Verwaltung der örtlichen Bürgerinitiative die Schuld für die zögerliche Haltung des Bauordnungsamtes gegenüber Tedi gab.

DIE LINKE hat dies in scharfer Form zurück gewiesen. Wenn sich die Bewohner für ihren Stadtbezirk engagierten, sei es eine Frechheit, dass sich die Verwaltung darüber in einem Dokument eines Ratsausschusses beschwere. Die geforderte Entschuldigung blieb aus – allerdings ruderte die Verwaltung zurück und gab zum Besten, dass sie unter massivem Personal-mangel leide, auf den sie in dieser Form aufmerksam machen wolle.

(ps)



24. März: Die Prostituierten demonstrieren gegen die geplante Schließung des Straßenstrichs.

gemodell.“ Er habe die Suche nach Freiern im dicht bewohnten Viertel rund um den Nordmarkt begrenzt, die Sicherheit der Frauen erhöht sowie Zuhälterei und Kinderprostitution eingedämmt. „Deshalb waren auch die Leiterin des Gesundheitsamtes und sogar die Sozialdezernentin für den Erhalt“, erinnert er.

LINKEN, befürchtet, dass der Strich zurück in den Stadtteil zieht. Anfänge habe es bereits rund um die Herold-, Nord- und Schleswiger Straße gegeben: Konak verwundert das nicht. „Weder Rat noch Polizei werden die Prostitution verhindern können. Der Beschluss treibt die Frauen in die Illegalität – in die dunklen Ecken des

**KNALLROT**

Herausgegeben von  
**DIE LINKE**. im Rat Dortmund

Friedensplatz 1, 44135 Dortmund  
Web: [www.dielinke-dortmund.de/fraktion/](http://www.dielinke-dortmund.de/fraktion/)  
Email: [fraktion@dielinke-dortmund.de](mailto:fraktion@dielinke-dortmund.de)

Telefon: 0231 – 5 02 72 40  
Leserbriefe: [leserbriefe@knallrot-online.de](mailto:leserbriefe@knallrot-online.de)  
Anzeigen: [anzeigen@knallrot-online.de](mailto:anzeigen@knallrot-online.de)



## Evonik: 5000 Wohnungen in Gefahr

Problemhäuser im Norden – das verbindet man mit den Bulgaren und Rumänen, aber die Ursache für zunehmend heruntergekommene Wohnungen sind sie nicht. Viele neue Besitzer der großen Wohnungsgesellschaften in Dortmunds Norden schielen auf den schnellen Profit und vernachlässigen notwendige Investitionen. „Kein Wunder, dass die osteuropäischen Menschen hier auf so viele Müllimmobilien gestoßen sind“, sagt Cüneyt Karadas, Bezirksvertreter für DIE LINKE in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord.

DIE LINKE meint deshalb: Die weitere Privatisierung von Wohnungen muss verhindert werden. Doch derzeit bereitet Evonik, Eigentümerin vieler Wohnungen im Norden, den Verkauf aller ihrer Immobilien vor. „Es liegt im ureigenen Interesse der Stadt, den Verkauf an eine Finanzheuschrecke zu verhindern“, sagt Karadas. Dafür müsse der Oberbürgermeister seinen Einfluss auf die Landesregierung geltend machen. „Als Stadtplaner weiß Ullrich Sierau: Zunehmend schäbige Immobilien ziehen unseren Stadtteil in den Abgrund. Deshalb brauchen die Evonik-Häuser einen verantwortungsbewussten neuen Besitzer – wenn nötig die öffentliche Hand.“ (ps)

# Steag und Linke Energiepolitik in Dortmund

**DIE LINKE. Dortmund fordert die Rekommunalisierung der DEW21.**

Mit dem Ankauf der Steag durch ein Stadtwerkekonsortium wurde der fünftgrößte Energiekonzern Deutschlands gegründet. Mit dabei sind die DEW und die Dortmunder Stadtwerke (DSW) mit einer jeweils 18%igen Beteiligung. Das geht jeden etwas an, der Strom aus der Steckdose bezieht.

Steags Kerngeschäft ist der Handel mit Steinkohle und dessen Verbrennung in Steinkohlekraftwerken. Viele der überalterten Steag-Kraftwerke sollten aus Klimaschutzgründen möglichst schnell vom Netz genommen und zurückgebaut werden. DSW und DEW haben im Gespräch mit DIE LINKE dargestellt, dass die Kraftwerke in Herne und in Lünen zum Rückbau ab 2012 vorgesehen wären. Sie sollen durch moderne Gas- und Dampf-Kraftwerke (GuD) ersetzt werden.

Steag verfügt im Ruhrgebiet und im Saarland über ein ausgeprägtes Fernwärmenetz, das künftig noch ausgebaut werden soll. Beim Anschluss von modernen GuD-Kraftwerken lassen sich Wirkungsgrade von über 75% erzielen. Im Vergleich dazu hat das neue RWE-Kraftwerk Gekko in Hamm, an dem sich die DEW mit 107 Mio. Euro beteiligt hat, nur einen Wirkungsgrad von rund 45%. Die Linke im Rat hatte gegen die Beteiligung an Gekko gestimmt, wurde aber durch

keinen Sinn, Kohlekraftwerke zu errichten, die noch mehrere Jahrzehnte in Betrieb bleiben. Sinn macht es allerdings, alte Kraftwerke den privaten Großkonzernen zu entziehen und



Eine Kernforderung der Linken

wie bei der Steag einen ökologischen Umbau vorzunehmen. In den Händen eines Privatkonzerns mit gewaltigen Renditehoffnungen würden die alten Dreckschleudern laufen, bis sie auseinander fallen. In den Händen der Stadtwerke haben es die Politik und damit die Bürger in der Hand wie die Energiepolitik der Zukunft gestaltet werden soll.

SPD, CDU und DIE LINKE haben im Rat die Mehrheit für das Steag-Geschäft hergestellt. In einem Begleitantrag hat DIE LINKE ihre Vorstellungen zur Zukunft der Steag formuliert und mit Mehrheit durch den Rat beschließen

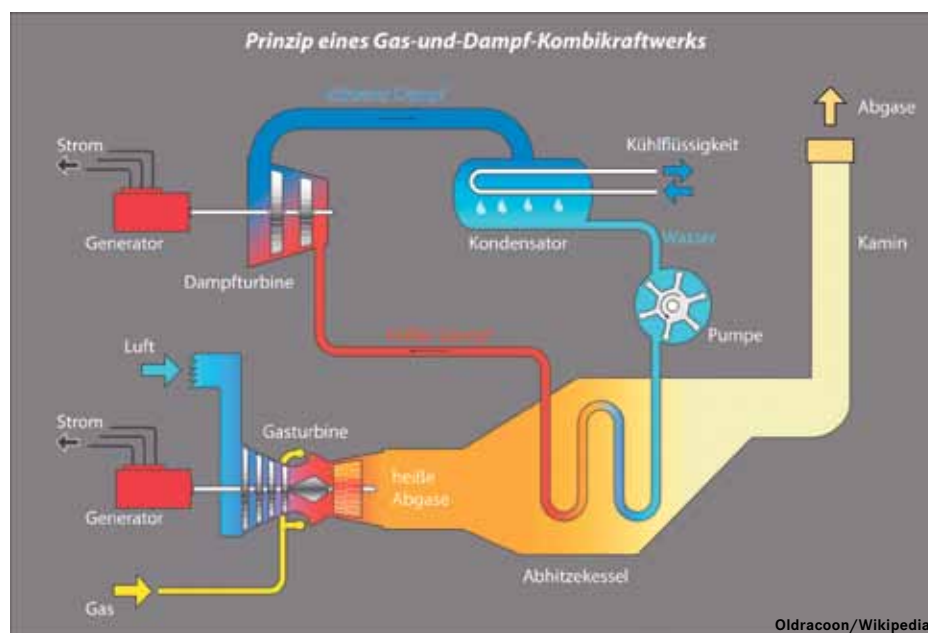
dass das Zwischenlager nicht mitgekauft wird. Die Energieversorgung durch die Steag soll künftig sicher, preiswert und umweltschonend sein.

Ebenfalls über den Begleitantrag von DIE LINKE wurde beschlossen, dass die künftige Beteiligungs- und Unternehmensstruktur so anzulegen ist, dass die Stadtwerke als kommunale Tochterunternehmen erhalten bleiben und die demokratische Einflussnahme sichergestellt wird. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften wird garantiert. Neben dem Aufsichtsrat des Konsortiums wird ein fachspezifischer Beirat unter Einschluss von Verbraucherinitiativen installiert. Kraftwerksstilllegungen und Umstrukturierungen werden sozialverträglich und unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen durchgeführt.



Fernwärmefreileitungen in Hameln

Der neue Konzern wird damit auch in Konkurrenz zu RWE und Eon treten, die in der Region bisher monopolartige Strukturen innehaben. Damit erfährt auch eine Linke Forderung weitere Unterstützung, denn DIE LINKE verfolgt seit langem den Plan, die DEW vollständig in öffentliches Eigentum zu überführen. Derzeit ist das RWE mit 47% an unserem kommunalen Energieversorger beteiligt und verdient auf Kosten der Bürger kräftig mit. 2014 laufen die Beteiligungsverträge zwischen Stadtwerken und RWE an der DEW aber aus. Da DEW durch das Steag-Geschäft nun in Konkurrenz zur RWE steht, macht es keinen Sinn, diese Verträge zu verlängern. Darum kämpft DIE LINKE zusammen mit ihren Bündnispartnern auch im Bündnis „DEW kommunal“. (uk)



Das Prinzip eines Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk (GuD)

eine Mehrheit aus SPD, FDP und DVU überstimmt. Wie sich im Nachhinein herausgestellt hat, lagen die Linken mit ihrer Ablehnung auch aus wirtschaftlichen Gründen goldrichtig und umweltpolitisch sowieso. Es macht

lassen. Eine Beteiligung am atomaren Zwischenlager in Ahaus konnte durch die Linke Ratsfraktion verhindert werden, denn die Zustimmung zum Steag-Geschäft erfolgte unter der Bedingung des Linken Begleitantrages,

## Impressum

KNALLROT

DIE LINKE. im Rat Dortmund

Friedensplatz 1,

44135 Dortmund,

**Auflage**

20.000 Exemplare

**V.i.S.d.P.**

Utz Kowalewski,

Friedensplatz 1,

44135 Dortmund,

Tel. 0231 – 5 02 72 40

# RWE raus aus der Dortmunder Energieversorgung!

**DIE LINKE fordert von der Stadt, dass die Verträge mit RWE nicht verlängert werden.**

Acht von zehn Bundesbürgern wollen nach neuesten Umfragen lieber heute als morgen die Atommeiler in Deutschland abschalten. Eine Mehrheit der Befragten fürchtet auch die Drohungen der Wirtschaftslobby, ein schneller Atomausstieg werde die Strompreise noch eher in unbezahlbare Höhe treiben. Die Furcht ist berechtigt – solange vier Großkonzerne den deutschen Energiemarkt beherrschen und darin von der Politik gefördert werden.

Der zweitgrößte von ihnen, RWE, hat jetzt sogar mit einer Klage gegen das – vorübergehende – Abschalten des ältesten, unsichersten Atomreaktors (Biblis A) bewiesen, daß ihre Aktionäre genau das gegenteilige Interesse verfolgen wie die Bevölkerung: Profit vor Sicherheit. Das ist auch der Grund der Preisexplosion.

Und genau diesem RWE-Konzern sind wir Dortmunder StromverbraucherInnen doppelt ausgeliefert: Zum einen gelang es RWE unter mithilfe der SPD-Stadtspitze im Jahr 2000, sich 47 % der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung (DEW21 GmbH) an-

zueignen. Zum anderen sicherte sich RWE einen maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftsstrategie und eine Monopolstellung als Haupt-Stromlieferant von DEW21, mit langfristigen Knebelverträgen und Preisdiktaten.

Doch der Gesellschaftsvertrag der DEW21 mit RWE läuft Ende 2014 aus.



**Zukunft ohne Atomstrom und RWE**

Er könnte nur verlängert werden, wenn beide Seiten, RWE und die Dortmunder Stadtwerke dazu bereit sind. Das ist die Chance für die Stadt Dortmund, sich aus der Umklammerung des Atomriesen RWE zu befreien. Die LINKE. Dortmund arbeitet seit drei Jahren darauf hin, daß die Stadt den Vertrag mit RWE nicht verlängert. Das

wird aber nur mit viel mehr öffentlichem Druck gelingen.

Von RWE mit Posten und Geld geschmierte Lobbyisten verbreiten nun das Gerücht, der Stadt fehle das Geld, um RWE den 47%-Anteil an DEW21 abzukaufen. Das ist nachweislich falsch: Etwa 500 bis 700 Millionen Euro kostet der Anteil; die Dortmunder Stadtwerke halten aber selbst RWE-Aktien im Wert von 1,4 Milliarden Euro (1400 Millionen). Sie wären ohnehin gut beraten, diese Aktien besser heute als morgen abzustoßen. Denn der Börsenwert von RWE sinkt seit über einem Jahr und wird nach der Fukushima-Katastrophe noch viel tiefer sinken – dann könnte eines Tages tatsächlich der Wert der RWE-Aktien nicht mehr ausreichen, um das DEW-Paket zurück zu holen..

Im Interesse der VerbraucherInnen gibt es nur einen vernünftigen Ausweg aus Dortmunds doppelter Abhängigkeit von RWE: Raus mit dem erpresserischen Atomkonzern RWE aus der Dortmunder Energieversorgung!

(ws)

## Wem gehört der Stadtgarten?

Schon lange ist der Stadtgarten in der wärmeren Jahreszeit ein beliebter Treffpunkt gerade bei den verschiedenen Jugendszenen. Dort trifft man sich, um sich auszutauschen, ein Bierchen zu trinken und Gitarre zu spielen. Eigentlich etwas, was Jugendliche aller Generationen schon immer gemacht haben.

Allerdings ist seit einiger Zeit am Stadtgarten zu beobachten, dass Jugendliche, die sich dort aufhalten, willkürlich von der Polizei und den Ordnungsbehörden kontrolliert und schikaniert werden. Es werden Leibesvisitationen durchgeführt, Zigaretten und Getränke beschlagnahmt und Platzverbote ausgesprochen. Als Grund reicht schon, einfach zu zweit auf einer Mauer an der U-Bahnhaltestelle zu sitzen und unter zwanzig zu sein.

Auslöser für diese Kontrollen war eine CDU-Ratsfrau, die sich durch die Anwesenheit der Jugendlichen auf ihrem Weg ins Theater gefährdet fühlte. Nachfragen bei älteren BürgerInnen ergaben genau das Gegenteil, von ihnen fühlt sich keiner bedroht und viele haben Verständnis für die Jugendlichen.

Fakt ist, dass die Stadt Dortmund eine freie Jugendkultur nicht unterstützt. Es gibt keine autonomen Jugendzentren in dieser Stadt und nun wird auch noch der Zugang zu Parkanlagen mit Repressalien belegt! Die Fraktion DIE LINKE sieht diese Praxis mit Besorgnis und fordert die Stadt Dortmund auf, diese Vertreibungspolitik zu beenden!

(uk)

(nr)

## Neues Personalkonzept bei der Stadt Dortmund

**CDU und SPD wollen sparen, aber der Personalbedarf kann nicht gedeckt werden.**

Im September 2008 demonstrierten die Beschäftigten der Stadt Dortmund gegen den damaligen Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer. Anlass war die Entlassung von zwei Mitarbeitern der Stadtkasse, die einer drogenabhängigen Mitarbeiterin im OB-Amt nicht genug auf die Finger geschaut hatten. Die Demonstration war aber vor allem Ausdruck der Arbeitsüberlastung der städtischen Mitarbeiter und der Kürzungen im Personaletat der Stadt.

Heute ist die Situation der städtischen Mitarbeitenden leider nicht besser geworden. Der Dortmunder Stadtrat hat mit den Stimmen von CDU und SPD ein jährliches Sparziel von zwei Prozent bei den Personalkosten vorgegeben. Das Personalamt kann aber bereits heute den Personalbedarf nicht mehr erfüllen. Gleichzeitig fordert die große Rathauskoalition eine Ausweitung der Stellen bei den Ordnungspartnerschaften.

Nun hat Oberbürgermeister und Personaldezernent Ullrich Sierau ein neues Personalkonzept unter der Bezeichnung NEO, für «Neuorientierung der Verwaltung», vorgelegt. Um die Ausrichtung dieses Konzeptes zu erklären, reicht ein Zitat aus dem Konzept aus: „Das Projekt NEO ist eng mit den Strategien zur Haushaltskonsolidierung verbunden.“ NEO verfolgt also den Personalabbau weiter, den Langemeyer mit seiner „Verwaltungsreform 2020“ begonnen hatte. Entsprechend gilt derzeit ein kompletter Einstellungsstopp – über Ausnahmen entscheidet streng hierarchisch der Oberbürgermeister.

Ein wichtiger Teil des Konzeptes ist die stadtinterne Leiharbeitsfirma „Personalagentur“. Die ist eine Gegenleistung der Beschäftigten dafür, dass bis 2015 keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen. Im Klartext ausgedrückt: Liebe Schwimmmeister an den privatisierten städtischen Hal-

lenbädern, wenn Ihr nicht rausfliegen wollt, dann macht doch den Hausmeister an einer unserer Schulen. Umgeschult wurde vor allem für folgende Bereiche: Servicepersonal U-Turm, Callcenter doline, Ordnungspartnerschaften und tatsächlich mal eine echte Qualifizierung: Prüfungsvorbereitung von Kinderpflegerinnen zum Einsatz als Erzieherinnen.

Was sich innerhalb der Stadtverwaltung schon abspielt, wird bei manchen kommunalen Tochterunternehmen auf die Spitze getrieben. Bei ServiceDo und bei der Dortmunder Wertstoffgesellschaft mbH (DOWERT) gibt es keine Tarifbindung. Bei ServiceDo haben 42% der Beschäftigten nur einen befristeten Arbeitsvertrag, es gibt kein Weihnachtsgeld, die Arbeitsverdichtung ist extrem und es werden so niedrige Löhne gezahlt, dass ein großer Teil der Beschäftigten ergänzendes Hartz IV benötigt.



**Kosten für U-Turm heben ab**

Der U-Turm soll das Image Dortmunds steigern, doch stattdessen steigen nur die Kosten. Und das drastisch: Statt der ursprünglich geplanten rund 34 Millionen Euro sollen Stadt, Land und EU für den Kulturpalast nun über 83 Millionen zahlen!



**Kostenfalle U-Turm**

Zunächst erhöhten sich die Kosten, um den Turm noch im Rahmen der Kulturhauptstadt RUHR.2010 eröffnen zu können. Nun erhärtet sich der Verdacht, dass es Pfusch gegeben hat. Immer mehr Schäden im Innen- und Außenbereich des Gebäudes treten auf. Fensterscheiben springen und ein vermeintlich stark belastbarer Bodenbelag löst sich bereits in Staub auf.

„Uns erklärt sich nicht, dass noch nach einer Begutachtung des Turmes durch beteiligte Architekten weitere Schäden auftreten“, sagt Hannes Fischer, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Er kündigt an: „Die Begleitumstände dieser Turmrenovierung werden wir genau beleuchten.“

(ps)

# „Wirkungsorientiertes“ Kaputtsparen

Ratsmehrheit bereitet neue Rotstiftrunde vor.

Ein neues Modewort kursiert durch Amtsstuben und politische Gremien der Stadt: der „Wirkungsorientierte Haushalt“. Nur eine weitere Stilblüte im Neusprech der Neoliberalen? Hier unsere Bewertung.

Vor fünf Jahren passte die Dortmunder Stadtspitze als eine der ersten in NRW das städtische Rechnungswesen an die Buchführung gewinnorientierter Privatunternehmen an („Neues Kommunales Finanzmanagement“ – NKF). Ein erklärtes Ziel war, die Mittelverwendung der einzelnen Stadtämter transparenter und effektiver zu machen, um die „Luft“ aus dem Haushalt zu pressen. Das Gegenteil trat ein. Der Stadtrat blickte überhaupt nicht mehr durch und konnte nur noch hilflos abnicken, was der Kämmerer (bis 2009 die Kämmerin) an Streichungen, Kürzungen und Privatisierungen verlangte. Dennoch wuchs der Haushalt immer weiter, und noch dramatischer wuchsen die Defizite und damit der Schuldenberg der Stadt.

Um sich als „handlungsfähig“ zu beweisen, überboten sich SPD, CDU und FDP in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre regelmäßig mit noch schärferen Streichlisten als die Kämmererei, ohne dass die Bürger darin irgendein Konzept erkennen konnten

ten Parteigänger in den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden gegen diese konzeptlosen Rotstiftorgien aufmuckten. Also trat sie die Flucht nach vorn an und übernahm von den marktradikalen Thinktanks Bertelsmann-Stiftung und KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) eine Weiterentwicklung des NKF.

Der Grundzug dieses „Wirkungsorientierten Haushalts“ auf einen kurzen Nenner gebracht: Hatte das NKF den „Dienstleistungskonzern Stadt“ in eine schier unübersehbare Fülle einzelner „Produkte“ zerhackt, um für jedes den „Ressourcenverbrauch“ in ein messbares Verhältnis zum „Output“ zu setzen, soll jetzt die „Wirkungsorientierung“ die Produkte nach einem hierarchischen politischen Zielsystem gewichten und das Verwaltungshandeln auf diejenigen Produkte konzentrieren, von denen die Stadtspitze sich die größte politische Wirkung bei den Bürgern verspricht. Die Konsequenz: Alle städtischen Leistungen, die in der Zielhierarchie als nachrangig erscheinen, können dem Rotstift zum Opfer fallen.

Nun wäre ja gegen eine inhaltliche Zieldiskussion der Stadtpolitik überhaupt nichts einzuwenden. Im Gegen-

das von den Dortmunder Bürokraten ganz und gar nicht gemeint. Während man in anderen Städten versucht, der Entfremdung der Politik von den Bürgern entgegenzuwirken, indem Elemente von Basisdemokratie oder sogar Bürgerhaushaltsmodelle eingeführt werden, kommt der Bürger im Dortmunder Modell des Wirkungsorientierten Haushaltes gar nicht mehr vor. Vielmehr wird er vom Souverän zum bloßen Wähler, zum passiven Adressaten parteipolitischer Ziele degradiert.

Die in der Gemeindeordnung verankerte Einheit von Politik und Verwaltung wird auseinandergerissen: Die Politik habe sich auf die strategische Steuerung zu beschränken und stehe nicht weisungsbefugt der Verwaltung vor, sondern solle nur noch Verträge mit einer sich selbst regelnden, quasi politikfreien Verwaltung abschließen. Die Position des Oberbürgermeisters als Verwaltungschef wird gegenüber den gewählten Vertretern der Bürgerschaft weiter gestärkt. Der OB ist das Nadelöhr, durch das alle Vorschläge des Rates hindurch müssen, damit der Vertrag mit der Verwaltung zustande kommt.

Die Auswahl gewünschter Zielfelder für das Pilotmodell hat die Verwaltung der Politik bereits fix und fertig vorgegeben und sogar schon die „strategische Zielsetzung“ sowohl für das Zielfeld Jugendhilfedienste als auch für die Bereitstellung schulischer Einrichtungen vorgekaut: „Bedarfsgerechte und gesetzeskonforme Leistungserbringung bei optimierter Kostenstruktur“. Mit so einer Leerformel kann man sich die ganze Zieldiskussion auch gleich sparen.

Überhaupt geht der dem Rat vorgelegte Verwaltungsantrag über eine Sammlung von Leerformeln und vagen Absichtserklärungen kaum hinaus. Aber dort wo er mal konkret wird, münzt er den wirkungsorientierten Haushalt im Klartext „zur kurzfristigen wirkungsorientierten Haushaltskonsolidierung“ um. Da lässt man die Katze aus dem Sack – das ganze dient zur Vorbereitung weiterer Rotstifttrunden. Unsere Ratsfraktion lehnt diese Moggelpackung selbstverständlich ab. Allerdings nicht ohne den Versuch, sie mit Änderungsanträgen bürgernäher und sozialer zu machen (ws)



**Das Konzept des „Wirkungsorientierten Haushalts“**

außer: Sparen um jeden Preis, koste es was es wolle. Inzwischen merkte aber die SPD, dass sogar ihre treues-

teil könnte sie die Bürger wieder ein Stückchen mehr zum Souverän der Stadtentwicklung machen. Aber so ist

# Gesine Löttsch will zum Kommunismus - Ich begleite sie

Kommentar von Thies Gleiss

Die Idee einer klassenlosen Gesellschaft von freien Menschen, ohne ökonomische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Krieg, ohne politische und kulturelle Unfreiheit, ohne sexuelle Unterdrückung und frei von Rassismus, Sexismus, Nationalismus und Bürokratismus

litten, sind gefoltert und umgebracht worden oder haben Jahre in Kerkern und Lagern verbracht. Diese Idee ist unausrottbar! Solange es Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung gibt, wird die kommunistische Idee leben und Milliarden Menschen Hoffnung geben.

Die bürokratische Sowjetunion wie auch die DDR waren von der Verwirklichung dieser Utopie meilenweit entfernt. Sie haben die Idee verraten und in ihrem Namen Verbrechen größten Ausmaßes begangen. Das verurteilt die dafür Verantwortlichen, nicht aber den Kommunismus. Sollen wir die Ideale der christlichen Solidarität, wie sie zum Beispiel in der Bergpredigt zum Ausdruck kommen, verurteilen, weil die christliche Kirche Millionen Menschen verfolgt, gedemütigt und umgebracht hat? Sollen wir die Ideale der bürgerlichen Revolution nach Freiheit und Gleichheit verdammen, weil in ihrem Namen ein barbarisches Weltsystem namens Kapitalismus herrscht, das sich bis heute eine Milliarde hungernder Menschen, Kriege und Massenvernichtungswaffen unvorstellbaren Ausmaßes leistet



**Gesine Löttsch (49)**

Dipl.-Lehrerin und promovierte Philologin ist Mitglied des Bundestages (MdB) seit

2002 und seit 2010 eine der beiden Vorsitzenden von DIE LINKE.

Die Rede: [http://die-linke.de/nc/die\\_linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/ich-bin-demokratische-sozialistin/](http://die-linke.de/nc/die_linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/ich-bin-demokratische-sozialistin/)

- das ist die faszinierendste Idee in der Geschichte der Menschheit. Millionen haben dafür gekämpft und ge-

## Libyen - Das Volk muss über seine Zukunft entscheiden

Die Luftangriffe auf Libyen müssen zugunsten eines Waffenstillstands beendet werden.

Im März haben die Vereinten Nationen (UN) beschlossen, die Angriffe des Gaddafi-Regimes auf das libysche Volk militärisch zu stoppen. Sie erklärten Libyen zur Flugverbotszone - seither fallen amerikanische und europäische Bomben auf das Land. Die treffen aber nicht nur Gaddafis Männer. Die Kritik am NATO-Einsatz wächst.

Zu Recht versteht eine Mehrheit der Menschen in Europa die Aufstände der arabischen Völker als einen Akt der Gerechtigkeit: Die Reichtümer der nordafrikanischen Länder dürfen nicht länger die Taschen weniger Diktatoren füllen, sondern müssen die Lebensumstände der Menschen verbessern.

Das gilt auch für den Konflikt in Libyen, in den nunmehr auch eine Allianz aus westlichen Ländern eingegriffen hat. Trotzdem spricht Vieles gegen diesen Kriegseinsatz: Denn nun ster-

ben täglich Menschen nicht nur durch Angriffe von Gaddafis Panzern, sondern auch durch die Kampfflugzeuge der Anti-Gaddafi-Allianz.

Um Menschenrechte geht es dabei nicht. Noch im Januar hat Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy den mittlerweile gestürzten tunesischen Diktator gegen sein Volk unterstützen



Kundgebung in Berlin- am 20. März 2011



**Thies Gleiss (52)**

ist stellvertretender Landesprecher der LINKEN in NRW. Er hat diesen Artikel spontan als Reaktion

auf den heftig und kontrovers diskutierten Beitrag von Gesine Löttsch, Bundesvorsitzende der LINKEN, formuliert.

und das drauf und dran ist die ökologischen Grundlagen der Menschheit auf Dauer zu vernichten? Nein und nochmals nein.

Lasst uns über Kommunismus reden! Gesine Löttsch will zum Kommunismus. Ich auch, ich begleite sie.

**Wer noch?**

Bitte unterzeichnen und an jede Rathausstür, jeden Kirchturm, jeden Schulraum, jede Universität, jedes Betriebstor jeden Internetblog nageln. (tg)

wollen. Der Westen will sich seinen Zugriff auf das Öl des Landes erhalten. Zusätzlich will die EU Flüchtlingsströme verhindern - was übrigens bis vor kurzem Muammar al-Gaddafi für sie erledigt hat.

Aber: Ist es dann nicht gerade richtig, den Rebellen nun gegen Gaddafi zu Hilfe zu kommen? Die UN-Charta gibt Völkern das Recht, als äußerstes Mittel vorübergehend auch mit militärischer Gewalt eine Angriffshandlung abzuwehren. Doch dieser Auftrag war am dritten Tag des Libyen-Krieges erledigt - durch die Zerstörung der libyschen Luftwaffe und Panzer. Nun darf es nicht Ziel des Westens sein, Gaddafi aus dem Amt zu bomben und eine Regierung zu installieren. Die Luftangriffe müssen zugunsten eines Waffenstillstands beendet werden. Statt des Westens darf nur eine Instanz über die Zukunft des Landes entscheiden. Das Volk von Libyen.

(dr/ps)

## Neonazis in der Rheinischen Straße 135

Als bekannt wurde, dass es für das Haus „Rheinische Str.135“ einen Käufer aus dem rechten Spektrum gab, reagierte die Stadt Anfang des Jahres 2011 richtig und kaufte das Haus vorher auf.

Vollmundig gab sie gleichzeitig an, das Gebäude genau zu beobachten und zu prüfen, ob sich Gründe



Rheinische Str. 135

für eine außerordentliche Kündigung für das Ladenlokal im Haus finden lassen. Danach wurde es um das groß angekündigte Vorhaben still.

In diesem Gebäude existiert nämlich seit Mitte 2009 ein Ladenlokal, das als „Nationales Zentrum“ der Neonazis über NRW hinaus bekannt ist, mit einem gültigen Mietvertrag bis April 2015. Aus der ganzen Region trifft sich hier die Neonazi-Szene. Hier existiert ein Internethandel, wird Material gelagert, verschickt, finden Kameradschaftstreffen statt, werden Vorträge gehalten usw.

Es liegt also weiterhin an den antifaschistischen Gruppen und Initiativen Druck zu machen, damit Neonazis sich in Dortmund nicht wohlfühlen und das „Nationale Zentrum“ endgültig geschlossen wird.

(rw)



## Aktiv werden – zu Ökostrom wechseln

Atomausstieg in vielen Jahren? Viele Verbraucher wollen darauf nicht warten und wechseln den Anbieter. Doch nicht überall wo „grün“ draufsteht, ist tatsächlich kein „Atom“ mehr drin.

Mit so genannten Öko-Zertifikaten erkaufen sich Versorger das Recht, ihren konventionellen Strom als Ökostrom zu vermarkten. So macht es auch die Dortmunder DEW21, an der der Atomkonzern RWE fast zur Hälfte beteiligt ist. Für ihren Tarif „Unser Strom.



Bündnis-Logo

grün“ kauft sie Wasserkraft aus Norwegen, doch ihr eigener Energiemix aus Braun- und Steinkohle (64%) und Atomkraft (14%), ist dadurch kein Prozentpunkt regenerativer geworden.

„Frei von Atomkraft wird der Strom der DEW21 erst sein, wenn die RWE hier keine Anteile mehr hat“, so Wolf Stammnitz, Ratschherr für DIE LINKE in Dortmund. Dafür kämpft das Bündnis „DEW kommunal“, an dem DIE LINKE beteiligt ist. Wer aber angesichts der Bilder aus Japan mit dem Ausstieg nicht mehr warten kann, findet echten Ökostrom bei lediglich vier Anbietern, auf die der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hinweist, unter [www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de)

(dr/ps)

# Fukushima ist überall – Urananreicherung stoppen

Auch NRW ist meilenweit vom Atomausstieg entfernt - trotz rot-grüner Landesregierung.

Rund 100 Kilometer Luftlinie nördlich von Dortmund liegt die Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau. Deren Betreiber hat inzwischen zugegeben, angereichertes Uran auch an den Betreiber der Katastrophenkraftwerke in Fukushima geliefert zu haben.

Auf der Bahnlinie Hamm-Lünen-Gronau transportieren Güterzüge radioaktives und hochätzendes Uranhexafluorid zur UAA Gronau. Dabei kommen sie den Dortmunder Stadtbezirken Scharnhorst, Eving und Mengede nahe. Zusätzlich geht auch von LKWs mit Uranhexafluoridcontainern eine permanente Gefahr aus.

Dass Atomtransporte nicht sicher sind, machen vor allem zwei Vorfälle beispielhaft deutlich: Am 8. März 2010 wurde auf der Autobahn A1 ein LKW mit Uranhexafluorid auf dem Weg zur Urananreicherungsanlage Gronau von der Polizei gestoppt, weil die tragenden Teile durchgerostet waren. Im Januar 2010 kam es in der UAA Gronau zu einem Unfall, bei dem Mitarbeiter durch eine Undichtigkeit eines Transportcontainers verätzt und radioaktiv verstrahlt wurden. Zum Glück fand dieser Vorfall nicht auf der B1 mitten im Berufsverkehr statt. Im Wissen um die Abhängigkeit der Urananlagen von Atomtransporten



Anti-Atomkraft Demonstration in Köln am 26. März 2011

hat der Dortmunder Stadtrat auf Antrag der Fraktion DIE LINKE eine Resolution beschlossen, die die Landesregierung zu einem Atomtransportmoratorium auffordert und die Dortmunder Verwaltung auffordert, zusammen mit anderen betroffenen

Kommunen für eine Beendigung der Atomtransporte im Großraum Dortmund einzutreten. OB Ulrich Sierau hat auf Nachfrage der Linken zugesagt, sich in dieser Weise einsetzen zu wollen. Energieminister Voigtberger hat auf die Resolution geant-



Landtagsabgeordnete der Linken bei der Demonstration in Köln am 26. März 2011

wortet, dass die Landesregierung ein Transportmoratorium „prüfen“ wolle und ggf. ein Veto beim Bundesamt für Strahlenschutz einlegen könnte.

Überhaupt ist NRW trotz mehrerer rot-grüner Landesregierungen meilenweit von einem Atomausstieg entfernt. Denn ein Herzstück der Atomindustrie in Deutschland und Umgebung sind eben die UAA Gronau, die UAA

LINKE hat daher gefordert, dass die rot-grüne Landesregierung der UAA die Betriebserlaubnis entziehen sollte.

In Gronau wird die Widersinnigkeit des sogenannten rot-grünen Atomausstiegs aus der Zeit von Fischer, Trit-

tin und Schröder besonders deutlich. Im „Atomkonsens-Vertrag“ wird die UAA Gronau nicht einmal erwähnt. Im Gegenteil: derzeit wird die UAA massiv ausgebaut. Zurzeit kann in der UAA mit einer Kapazität von etwa 1800 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a) Uran für den Betrieb von etwa 15 großen AKWs vom Typ Lingen II oder Brokdorf angereichert werden. Zusätzlich wurde 2005 vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium eine Kapazitätserhöhung auf insgesamt 4500t UTA/a genehmigt. Damit können nach Fertigstellung der Erweiterungsbauten jährlich 38 AKWs versorgt werden. In Deutschland gibt es aber nur 17 kommerzielle Reaktoren zur Stromerzeugung und 11 Forschungsreaktoren.

Die UAA Gronau produziert also massiv für den Export, ebenso wie die UAA in Almelo. In Gronau angereichertes Uran wird zu Brennelement-Fabriken transportiert, die 50 Kilometer nah in Lingen oder auch 20.000 Kilometer entfernt in Japan sein können. Dazu kommt, dass Uranzentrifugen sogenannte Dual-Use Anlagen sind – sie können auch Uran für militärische Zwecke anreichern, beispielsweise zur Herstellung von panzerbrechender Uranmunition, wie sie im Kosovokrieg, im Irak oder auch in Afghanistan eingesetzt wurde und wird, oder sogar zur Herstellung von Atombomben.

(uk)